

PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG EUROPA-LATEINAMERIKA



Grußbotschaft an den ersten Gipfel der Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten (CELAC) und der Europäischen Union (EU) Santiago de Chile 26. und 27. Januar 2013

Freitag, 25. Januar 2013 – Santiago de Chile

EUROLAT – 25. Januar 2013 – Santiago de Chile

Grußbotschaft an den ersten Gipfel CELAC-EU in Santiago de Chile vom 26. bis 27. Januar 2013

Die Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika (EuroLat), das parlamentarische Organ der biregionalen strategischen Partnerschaft der Europäischen Union (EU) mit Lateinamerika und der Karibik (LAK), unterbreitet dem ersten Gipfel CELAC-EU in Ergänzung zu den Arbeiten ihrer fünften und sechsten ordentlichen Plenartagungen, die vom 17. bis 19. Mai 2011 in Montevideo bzw. vom 23. bis 25. Januar 2013 in Santiago de Chile stattfanden, folgende Empfehlungen und Vorschläge für die Stärkung der biregionalen strategischen Partnerschaft:

GRUSSBOTSCHAFT AN DEN GIPFEL IN SANTIAGO DE CHILE

In Bezug auf die Grundsätze und Prioritäten der biregionalen strategischen Partnerschaft

1. bekräftigt ihre auf dem Gipfel von Madrid und durch die Parlamentarische Versammlung Euro-Lat gegebene Zusage, die biregionale strategische Partnerschaft auf der Grundlage gemeinsamer Prinzipien, Werte und Interessen weiter auszubauen und zu verstärken;
2. bekräftigt ihre **Unterstützung in Bezug auf die verschiedenen Prozesse regionaler Integration** in Lateinamerika und Europa als Grundlage für die biregionale strategische Partnerschaft;
3. bekundet ihre Zufriedenheit über die Ratifizierung des **Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und Mittelamerika** durch das Europäische Parlament, die Nationalversammlung von Nicaragua und den Kongress von Honduras sowie die vorherige befürwortende Stellungnahme des Zentralamerikanischen Parlaments; bekundet ferner ihre Zufriedenheit über die Genehmigung des **mehrseitigen Abkommens zwischen der Europäischen Union, Kolumbien und Peru** durch das Europäische Parlament und den Kongress von Peru; unterstützt den Prozess der Verhandlungen zum **Abschluss eines weitreichenden, ausgeglichenen und ehrgeizigen Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur**; erhofft dementsprechend, dass der Gipfel von Santiago ein Impulsgeber für einen alsbaldigen Abschluss dieser Verhandlungen wird;
4. spricht sich für die Annahme der **Europäisch-Lateinamerikanischen Charta für Frieden und Sicherheit** aus, welche auf Grundlage der Charta der Vereinten Nationen eine gemeinsame Erarbeitung politischer, strategischer, sicherheitspolitischer und den Frieden sichernder Vorschläge ermöglicht;
5. empfiehlt die Schaffung einer **europäisch-lateinamerikanischen Zone umfassender interregionaler Partnerschaft** bis spätestens 2015 in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Handel, Gesellschaft und Kultur, mit dem Ziel der Sicherstellung einer nachhaltigen Entwicklung für beide Regionen;

6. spricht sich für eine Verbesserung der **Sichtbarkeit der strategischen Partnerschaft** bei den europäischen und den lateinamerikanischen Bürgern aus, durch die Anregung gemeinsamer Projekte zu ihren Gunsten, einschließlich der Entwicklung des Konzepts der „Bürgerschaft Europa-Lateinamerika“;
7. hebt hervor, dass die **Schaffung und Stärkung der europäisch-lateinamerikanischen Zivilgesellschaft** die Einrichtung angemessener, offener, partizipativer und demokratischer Mechanismen impliziert, wozu auch die von der Informationsgesellschaft gebotenen Kanäle gehören, mit denen **die Bürger ihre Meinung direkt zum Ausdruck bringen können**;
8. fordert dazu auf, Maßnahmen zum Schutz schutzbedürftiger Gruppen, hauptsächlich Jungen, Mädchen und Heranwachsenden indigener Völker umzusetzen, deren Menschenrechte verletzt werden;
9. unterstreicht die Bedeutung der Erreichung der Gleichstellung und der Emanzipation von Frauen sowie der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und von Frauenmorden, indem ihre Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben erhöht und den negativen Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf ihre Situation begegnet wird;

In Bezug auf die Partnerschaft für eine nachhaltige Entwicklung durch die Förderung von Sozial- und Umweltinvestitionen

10. betont die **Bedeutung von Investitionen** zur Förderung der Entwicklung, zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verringerung der Ungleichheiten, ohne die energische Bekämpfung der Armut zu vergessen, sowie zur Verbesserung der Bildung und des Humankapitals, für den Umweltschutz sowie zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien;
11. schlägt als besondere Priorität Investitionen und Kooperationsprojekte in den Bereichen **Forschung und Entwicklung, technologische Innovation, Infrastrukturen, Energie, Bildung und sozialer Zusammenhalt** vor, insbesondere in den weniger entwickelten Ländern Lateinamerikas und des Karibischen Raums;
12. fordert die CELAC-EU-Staaten auf, die **Rechtssicherheit der Investitionen** zu fördern und sich darum zu bemühen, **protektionistische Maßnahmen zu vermeiden und ein offenes und faires multilaterales Handelssystem zu unterstützen, von dem beide Seiten profitieren**;
13. fordert die besagten Länder auf, beim Abschluss **der Verhandlungen der Doha-Runde** zusammenzuarbeiten, um ein umfassendes und ausgewogenes Übereinkommen zu erzielen, das den internationalen Handel belebt und Vorteile für alle Seiten mit sich bringt;

14. spricht sich für eine Vertiefung des **Dialogs über Beschäftigung und nachhaltiges Wachstum** mit besonderem Schwerpunkt auf der Beschäftigung junger Menschen, der Angleichung der Lohnbedingungen, dem Netz der sozialen Sicherheit und menschenwürdiger Arbeit aus;
15. spricht sich dafür aus, in aktiver Zusammenarbeit mit allen interessierten Parteien politische Maßnahmen zu entwerfen und einzuführen, die eine **Verbesserung der Qualität und des Zugangs der Bürger zu formeller und informeller Bildung sowie zu Aus- und Weiterbildung** zum Ziel haben;
16. spricht sich für die Intensivierung der Bemühungen um einen Dialog im Bereich Wissenschaft und Technik aus, um einen echten „**EU-LAK-Raum der Innovation und des Wissens**“ aufzubauen;
17. empfiehlt den Regierungen, die notwendigen Maßnahmen zu einer erheblichen Verringerung der Zahl junger Menschen zu ergreifen, die vorzeitig ihre Schulausbildung abbrechen, weshalb eine alternative Bildung unterstützt werden muss, in der die neuen Technologien eine wichtigere Rolle als Beitrag zur Förderung des Rechtes von Jungen, Mädchen, Heranwachsenden, Jugendlichen und Erwachsenen auf Bildung spielen;
18. spricht sich für die Stärkung der Zusammenarbeit sowie den Austausch von Informationen und bewährten Praktiken in Bezug auf die **Verminderung der Gefahren durch Naturkatastrophen und Nahrungsmittelkrisen** aus, mit dem Ziel der Entwicklung und Einführung von Strategien zur Prävention, Verminderung und Korrektur von Gefahren, die es ermöglichen, den Verlust von Menschenleben, Wirtschaftsgütern, Infrastrukturen, Wohnraum und Kommunikationswegen zu minimieren und die Menschen- und Grundrechte der Bevölkerungen zu schützen und sicherzustellen;

Bekämpfung des Drogenhandels und des organisierten Verbrechens

19. spricht sich dafür aus, den **Austausch von Informationen** zwischen den zuständigen Behörden der Staaten und Institutionen der bilateralen strategischen Partnerschaft **in Bezug auf die Bekämpfung des Drogenhandels und des organisierten Verbrechens** auf nationaler, subregionaler, regionaler und biregionaler Ebene voranzutreiben;
20. spricht sich dafür aus, die Zusagen der EU-LAK-Gipfel zu verstärken, die Zusammenarbeit hinsichtlich der mit dem Terrorismus, dem grenzüberschreitenden organisierten Verbrechen, der Korruption, dem Drogenhandel, dem illegalen Handel mit Waffen und Kapital, der Geldwäsche, dem Menschenhandel, insbesondere von Frauen und Kindern, der Verwicklung von Kindern in den Absatz von Drogen sowie der Schleuserkriminalität verbundenen Herausforderungen zu intensivieren;
21. empfiehlt die Entfaltung einer **tiefgehenden und sachlichen Debatte über die mögliche Prüfung der Legalisierung des Konsums bestimmter Drogen und der daraus resultierenden möglichen Folgen**, insbesondere unter Einbeziehung des Aspektes der öffentlichen Gesundheit;

22. ruft zu einer politischen, gerichtlichen, polizeilichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit im **Kampf gegen Korruption, Geldwäsche** und die illegale Kapitalflucht im nationalen und internationalen Finanzsystem auf;

Migration

23. befürwortet die Einrichtung einer **Beobachtungsstelle für Migration** in enger Zusammenarbeit mit der Stiftung EU-LAK, welche mit der durchgängigen und detaillierten Verfolgung aller mit den Migrationsströmen verbundenen Fragen im europäisch-lateinamerikanischen Raum betraut ist;
24. spricht sich dafür aus, den im Juni 2009 initiierten **strukturierten und globalen biregionalen Dialog** zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika und der Karibik **in Bezug auf Migration** mit formeller Beteiligung der Versammlung zu intensivieren;
25. bekräftigt, dass die Migrationspolitik und -maßnahmen im CELAC-EU-Raum sowohl die Achtung der **Grundrechte aller Migranten** als auch eine geordnete, informierte und sichere Steuerung der Migrationsströme, basierend auf den **Grundsätzen der Rechtmäßigkeit und der gemeinsamen Verantwortung**, sicherzustellen haben;
26. unterstreicht, dass **die Assoziierungsabkommen zwischen der CELAC und der EU unter anderem Bestimmungen über Migration beinhalten sollten**, wie beispielsweise Klauseln zu Nichtdiskriminierung, Integration, Übertragung von Rentenansprüchen und weiteren Sozialleistungen sowie zum Kampf gegen die irreguläre Migration; darüber hinaus sollten diese Abkommen einen spezifischen Dialog über die Migrationspolitik vorsehen;

Globalisierung und Finanzkrise

27. fordert die EU-CELAC-Staaten auf, **Mechanismen einzurichten und koordinierte Maßnahmen** zu ergreifen, **die die Annahme von geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen fördern**, die die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gewährleisten und die Grundlage für einen auf Wachstum, der Schaffung von Arbeitsplätzen, sozialer Eingliederung, sozialem Zusammenhalt, der Nachhaltigkeit der natürlichen Ressourcen und der Förderung einer nachhaltigen Wirtschaft beruhenden soliden Aufschwung bieten;
28. fordert die genannten Staaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, die auf eine **effiziente und verantwortungsvolle Verwendung der öffentlichen Ausgaben** abzielen, und die Mittel wieder auf Investitionen auszurichten, die Wachstum und Beschäftigung generieren, wobei diese Rationalisierung mit der Erbringung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen vereinbar sein muss;
29. schlägt vor, dass **die Finanzmärkte, Finanzprodukte und Marktteilnehmer** ausnahmslos und unabhängig vom Herkunftsland **der Regulierung und Überwachung unterzogen werden**, was die Erstellung und Verabschiedung einer gemeinsamen Liste von Steueroasen durch alle Staaten erforderlich macht; hält die umgehende Regulierung von Hedgefonds, spekulativen Fonds und Rating-Agenturen

für dringend geboten, wobei man sich an den jüngsten europäischen Rechtsvorschriften auf diesem Gebiet orientieren sollte; **fordert die EU-LAK-Staaten auf, sich zu verpflichten, alle Steueroasen**, die sich auf ihrem Hoheitsgebiet befinden, **auszutrocknen** und sich auf internationaler Ebene für ihre Beseitigung einzusetzen und alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich **Sanktionen** gegen sie und die Unternehmen und Einzelpersonen, die ihre Dienste in Anspruch nehmen;

30. fordert die EU-CELAC-Staaten auf, die **Einführung einer weltweiten Finanztransaktionssteuer** gemeinsam zu prüfen;

Klimawandel

31. beharrt darauf, dass der **Kampf gegen den Klimawandel und die globale Erwärmung** einen Schwerpunkt auf der politischen Agenda der EU und der Staaten Lateinamerikas und der Karibik bilden muss, mit einer Abstimmung der Standpunkte auf den einzelnen Dialogforen zu Umwelt und Klimawandel;

Energie - erneuerbare Energiequellen

32. beharrt darauf, dass **die Partnerschaft der Energiesicherheit und einer sicheren Energieversorgung höchste Priorität einräumt**, was eine Erhöhung der Energieeffizienz und die Diversifizierung von Versorgern und Energiequellen einschließt;
33. spricht sich für eine **Zusammenarbeit in Energiefragen, insbesondere in Bezug auf saubere und erneuerbare Energiequellen** wie Solar- und Windenergie, Wasserkraft, Biomasse und Biotreibstoffe, die nachhaltig produziert werden, im Rahmen der Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den verschiedenen Regionen Lateinamerikas aus, wobei die Konsultationsmechanismen und die Gebiete der indigenen Völker zu achten sind;
34. begrüßt den zwischen der Regierung Kolumbiens und der FARC-Guerrilla eingeleiteten Dialog sowie die Rolle der diesen Prozess fördernden und begleitenden Länder und hofft, dass auch die ELN-Guerrilla darin einbezogen werden kann und dass die Parteien den Dialog fortführen, bis ein Rahmenabkommen erzielt ist, das einen umfassenden, starken und dauerhaften Friedensprozess ermöglicht;
35. bekräftigt seine Zusage an die Republik Haiti, die auf den verschiedenen Gipfeln angenommenen Vereinbarungen und Entschlüssen zur Unterstützung einer angemessenen Rückkehr der Bevölkerung zur Normalität und des Wiederaufbaus der Infrastrukturen und der Wiederherstellung von Gesundheitsdiensten, Bildungsrichtungen und sozialen Diensten einzuhalten;
36. die Versammlung hat in ihren verschiedenen Gremien die Frage der Islas Malvinas/Falklandinseln diskutiert und befürwortet einen Dialog für eine friedliche, gerechte und dauerhafte Lösung im Rahmen der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen (einschließlich der Resolution 2065 (XX)) und wird sich in einer ihrer nächsten Sitzungen erneut damit befassen;

Stärkung des institutionellen Gefüges der bilateralen strategischen Partnerschaft

37. unterstützt die justizielle Zusammenarbeit sowie die direkte Einbeziehung der höchsten Rechtspflegeinstanzen in die strategische Partnerschaft, für die der **erste justizielle CELAC-EU-Gipfel** ein gutes Beispiel ist, der sich an das institutionelle Gefüge der bilateralen strategischen Partnerschaft anschließt;
38. hält es im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Mittelamerika für geboten, den politischen Dialog auf Ministerebene voranzutreiben und in diesem Zusammenhang das System der zentralamerikanischen Integration sowie die übrigen Institutionen für die Integration zu unterstützen;
39. drängt auf die sofortige Ergreifung der erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung der wirksamen Arbeitsweise der Stiftung EU-LAK.